Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr. Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 97 | Freitag, den 6. April | Jahrgang 1928

Offenheiten des Liberalismus.

In der „Kölnischen Zeitung" vom 1. April (Nr. 183) finden sich unter „Umschau und Ausschau" Darlegungen, die außerordentlich geeignet sind, Katholiken die Augen über Ziele des Liberalismus zu öffnen. Es wird dort behauptet, daß Reichskanzler Dr. Marx sich im Dienste einer geistigen Macht gefühlt habe, die in der Klerikalisierung der Schule den entscheidenden Schritt zur Klerikalisierung des Staates tun möchte. Es sei das große Verdienst der Deutschen Volkspartei, daß sie durch ihre kluge Haltung in der Schulfrage das Spiel durchkreuzt und dazu beigetragen habe, geheime Kräfte bloßzulegen. So sei klar geworden, daß mit dem Zentrum keine deutsche Kulturpolitik möglich sei; die Zentrumspartei sei nicht frei von außerparlamentarischen Abhängigkeiten. Wörtlich wird sodann u. a. gesagt:

„Es ist eine alte Auffassung, daß die Zentrumspartei und die hinter ihr stehenden Kreise den Grundsatz der Toleranz immer dann am lautesten verkünden, wenn sie etwas sehr Intolerantes vorhaben. Im Kampf um das Reichsschulgesetz haben wir oft gehört, und im Wahlkampfe werden wir noch öfter hören, die Anhänger der Bekenntnisschule seien, wie der Reichsausschuß der katholischen Schulorganisation Deutschlands kürzlich behauptete, loyal auf den Boden der Gewissensfreiheit, des Elternrechts und der Toleranz getreten, aber die Vertreter der liberalen und sozialistischen Weltanschauung hätten durch eklatante Rechtsverletzungen das Gesetz völlig unannehmbar gemacht. Gewissensfreiheit! Ein hoher Begriff, und doch nur ein Schlagwort, wenn die persönliche Freiheit des Urteilens und Handelns fehlt. Papst Gregor XVI. hat es am 15. August 1832 für eine irrige und verkehrte, ja wahnwitzige, der trüben Quelle der Gleichgültigkeit entspringende Behauptung erklärt, daß die Gewissensfreiheit ein selbstverständliches Recht der Menschen sei. Und Papst Pius IX. hat es im Syllabus am 8. Dezember 1864 ebenfalls als Wahnwitz bezeichnet, die Gewissensfreiheit für ein allgemeines Menschenrecht zu halten. Die römische Kurie verlangt wohl vom Staat Gewissensfreiheit, aber sie selbst gewährt sie den Gläubigen nicht. Ebenso verhält es sich mit dem Elternrecht, das den Erziehungsberechtigten nur zugestanden wird, wenn sie sich dem Willen der Kirche unterwerfen. Wie im Schulkampf wird auch im Wahlkampf leider ein großer Teil des deutschen Protestantismus an der Seite des Zentrums stehen. Aber die evangelischen Kreise, die so verblendet sind, werden dem Liberalismus noch einmal dankbar sein, daß er sie davor bewahrte, die Mitverantwortung für ein Volksschulgesetz zu tragen, das die deutsche Geisteskultur auf lange Zeit in Fesseln geschlagen und sehr wahrscheinlich dem protestantischen Gedanken den Todesstoß versetzt hätte. Indes: Die Gefahr ist noch nicht endgültig beseitigt. Der neue Reichstag wird neue Schulkämpfe bringen. Aber selbst wenn es dem Zentrum gelänge, die Sozialdemokratie zum Verrat an ihren Grundsätzen zu verleiten, auch dann würde das liberal gesinnte Deutschland aufstehen wie ein Mann und seine Schule schützen. Daß sie stark genug sei, um im Schulgesetz die sichere Grundlage einer neuen deutschen Kulturblüte zu erkämpfen, das ist ein weiteres Wahlziel."

Nach diesen Darlegungen der „Kölnischen Zeitung" soll also die Gewissensfreiheit für den Katholiken ein Schlagwort sein, da die persönliche Freiheit des Urteilens und Handelns fehle. Die Päpste Gregor XVI. und Pius IX. sollen der Gewissensfreiheit den Charakter eines Menschenrechtes abgesprochen haben! Werden wir uns nur einmal über den Begriff der Gewissensfreiheit klar, dann werden wir sofort das Irreführende der Behauptungen des volksparteilichen Blattes durchschauen.

Das Freidenkertum versteht unter Gewissensfreiheit das unbeschränkte Recht eines jeden, in Sachen des Gewissens zu denken, zu reden und zu handeln, wie es ihm beliebt. Gegen eine so verstandene Gewissensfreiheit, die auf sittliche Ungebundenheit und Gewissenlosigkeit hinausläuft, haben sich die Päpste gewandt. Man braucht sich auch nur den Sinn des Wortes Gewissen zu vergegenwärtigen, um einzusehen, daß die Gewissensfreiheit im Sinne Nietzscheschen Uebermenschentums, das in verschiedenen Formen in allen Zeitaltern vertreten wurde, geradezu ein Widerspruch ist. Das Gewissen ist das unmittelbare praktische Urteil über den sittlichen Wert unserer Handlungen. Es ist an die objektiven Maßstäbe des Sittlichen gebunden, die im natürlichen und christlichen Sittengesetz niedergelegt sind. Gut und bös, Recht und Unrecht, Tugend und Laster sind genau so fundamentale Grundbegriffe des menschlichen Bewußtseins wie richtig und falsch, Wahrheit und Irrtum. Die Gewissensbisse nach Vollbringung einer schlechten Tat und der Friede des guten Gewissens zeigen deutlich, daß das Gewissen unter einer höheren Kontrolle steht. Man kann sich sein Gewissen nicht nach Belieben bilden, die Gewissensfreiheit findet vielmehr ihre sittliche Schranke an der Autorität Gottes, die im natürlichen Sittengesetz zu allen Menschen spricht.

Versteht man nun aber unter Gewissensfreiheit das Recht, dem sicheren Ausspruch seines Gewissens zu folgen, so hat zweifellos jeder Mensch das Recht dieser Gewissensfreiheit. Dieses Recht, ja die Pflicht, seinem Gewissen zu folgen, hat jeder selbst dann, wenn sein Gewissen ein unüberwindlich irriges ist. Das ist katholische Morallehre. Es kann gar keine Rede davon sein, daß dem Katholiken die persönliche Freiheit des Urteilens und Handelns fehle. Der Katholik unterwirft sich den Lehren seiner Kirche aus Ueberzeugung und freiwillig. Der kategorische Imperativ erkannter Pflicht ist für ihn kein anderer als für den Protestanten. Der Liberalismus möchte nur auf jede Weise einen Unterschied konstruieren, um dann mit Mitteln sogenannter Staatsraison unter möglichster Einschränkung katholischen Einflusses auf die katholische Jugend auch diese für sich zu gewinnen. Denn die Zukunft unseres Volkes ruht auf der Jugend, wie auch zum Schluß des Artikels in der „Kölnischen Zeitung" zum Ausdruck gebracht ist. Für uns Katholiken gilt es, unsere katholische Jugend vor den Einflüssen des als falsch erkannten Liberalismus zu schützen, ihr die hohen Werte katholischer Lebensanschauung zu erhalten.

Eine Anmaßung ohnegleichen ist es, wenn der Verfasser des Leitartikels der „Kölnischen Zeitung" meint, das Keudellsche Schulgesetz würde die Geisteskultur auf lange Zeit in Fesseln geschlagen haben. Die eminenten Kulturwerte des Katholizismus werden absichtlich übersehen. Für eine neue deutsche Kulturblüte sollen sie also garnicht in Betracht kommen. — Wie eigenartig stellt sich überhaupt der Liberalismus, der sich in der Deutschen Volkspartei so ausschlaggebend geltend macht, zum Katholizismus und den Katholiken! Als die deutschen Katholiken und die katholischen Männerkongregationen Kölns das Weltgewissen ob der zum Himmel schreienden Greuel der mexikanischen Regierungsgewalthaber gegen die Katholiken in Mexiko wachzurufen versuchten, bezeichnete dies die „Kölnische Zeitung" als eine politisch unkluge Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates! Ein Katholik weiß, wie er sich solchen Anschauungen gegenüber zu verhalten hat.

Die Erledigung der Dolchstoßlegende.

Hindenburg für den inneren Frieden.

Dieser Tage wurden die Arbeiten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses abgeschlossen, die sich insbesondere auch mit den inneren Vorgängen beim Zusammenbruch beschäftigten Es hat sich für diesen Ausschuß namentlich darum gehandelt, denjenigen Dingen nachzugehen, die mit dem Begriff des „Dolchstoßes" verbunden wurden, der durch die agitatorische Ausnutzung so ungeheuer vergiftend gewirkt hat. Der Vorsitzende dieses Ausschusses war der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Philipp. Der Ausschuß selber mußte feststellen, daß die mit dem Begriff „Dolchstoß" getriebene Agitation jeder Grundlage entbehrte, und nun hat der Reichspräsident Hindenburg selber an den Abgeordneten Philipp aus Anlaß des Abschlusses der Arbeiten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Ich glaube, daß dieser Abschluß geeignet ist, alten Streitstoff innerhalb unseres Volkes zu beseitigen und den inneren Frieden zu fördern."

Hoffentlich verschwindet nun endgültig dieses böse Wort aus den öffentlichen Erörterungen. Das würde einen wesentlichen Schritt vorwärts zur inneren Beruhigung und Konsolidierung bedeuten.

Beilegung des Großhamburg-Konfliktes?

Ministerpräsident Braun besucht Hamburg.

Hamburg, 4. April.

Die Groß-Hamburger Verhandlungen, die nach den scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten und dem Hamburger Bürgermeister seit mehr als einem Jahr geruht haben, werden nun aller Voraussicht nach in nächster Zeit wieder in Fluß kommen. Auftakt und Einleitung der neuen Aera soll ein Besuch des preußischen Ministerpräsidenten in Hamburg bilden. Der Besuch soll schon für die nächste Zeit in Aussicht genommen sein und der Feststellung des Verhandlungsprogramms gelten. Im Vordergrund dieser Verhandlungen würden die Hafen- und Verkehrsfragen stehen, deren endliche befriedigende Lösung immer dringlicher wird.

Im besonderen soll versucht werden, die Grundzüge einer Hafenbetriebsgemeinschaft und eines gemeinsamen Bebauungsplans festzulegen, um so die den natürlichen Voraussetzungen widersprechende und den gemeinschaftlichen Interessen abträgliche Konkurrenz der preußischen und hamburgischen Staatsverwaltung auf diesem Gebiet aus der Welt schaffen. Diese Konkurrenz hat namentlich auf preußischer Seite zu sehr erheblichen Aufwendungen geführt, die nicht immer gerade rationell und nach den Gesichtspunkten des größten wirtschaftlichen Vorteils angelegt wurden. Insbesondere sind es die großen Hafenerweiterungsbauten auf Altonaer und Harburger Gebiet, die nicht die Erwartungen erfüllt haben, die auf preußischer Seite an sie geknüpft wurden. Bei den neuerlichen Verhandlungen soll nun versucht werden, eine rationelle Angleichung und Abgrenzung der beiderseitigen Interessen herbeizuführen. Bei einigem guten Willen, der durch die Erfahrungen der verhandlungslosen Zeit verstärkt werden dürfte, wird eine Einigung nicht schwer zu erzielen sein.

Das Disziplinarverfahren gegen Jagow.

◆ **Berlin, 5 April** (Drahtb. unserer Berl. Redakt.) Der Preußische Staat wurde kürzlich vom Reichsgericht zur Zahlung einer verhältnismäßig hohen Pension an den früheren Polizeipräsidenten von Jagow verurteilt, der bekanntlich seinerzeit sich am Kapp-Putsch beteiligt hatte. Das Gericht erklärte die Anwendung des § 7 des Preußischen Disziplinargesetzes gegenüber einem Putschisten ohne vorheriges Gerichtsurteil als nicht statthaft und stellte es der Preußischen Regierung in seiner Urteilsbegründung frei, auf dem Wege des Disziplinarverfahrens gegen Jagow vorzugehen. Wie nunmehr der sozialdemokratische Pressedienst erfährt, hat die preußische Regierung von dieser letzten Möglichkeit, Jagow keine Pension zahlen zu müssen, sofort Gebrauch gemacht und das Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet. Der Ausgang dieses Verfahrens dürfte nach der ganzen Sachlage nicht zweifelhaft sein. Preußen bleibt durch das höchste deutsche Gericht vorerst aber insofern rechtskräftig verurteilt, als es nach dessen Spruch die nicht geringen Kosten für die von Jagow angestrengten und in sämtlichen Instanzen ausgetragene Gerichtsverfahren zu zahlen hat.

Adam Roeder.

In der neuesten Nummer seiner „Süddeutschen Konservativen Korrespondenz" teilt Adam Roeder, der bisherige evangelische Reichstagsabgeordnete des Zentrums, mit, daß er nicht die Absicht hat, sich weiter als Parlamentarier zu betätigen. Er schreibt:

„Gegenüber allerhand Nachrichten in den Blättern stelle ich fest, daß ich schon vor geraumer Zeit — im November 1926 — an die maßgebende Stelle habe die Nachricht gelangen lassen, daß ich eine Kandidatur zum Reichstag nicht wieder annehme. Neben Gründen rein persönlicher Art sind es politische Erwägungen, die mich zu diesem Entschluß bestimmen. Insoweit meine publizistische Tätigkeit überhaupt eine Bedeutung hat, dürfte sie sich wohl am nutzbringendsten auswirken, wenn sie von fraktionellen Bindungen befreit ist. Daß ich nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, daß eine richtig verstandene Zentrumspolitik, unbeschwert von einseitigem Konfessionalismus, eine politische Notwendigkeit bedeutet, ist selbstverständlich

Mit Adam Roeder, der als einziger Evangelischer der Zentrumsfraktion des Reichstags angehörte, haben wir uns vor einiger Zeit ausführlich befaßt. Nach seinem Verhalten in der Schulfrage sei, so betonten wir, seine Wiederaufstellung als Zentrumskandidat unmöglich. Roeder weicht nun aber nicht vor dieser Feststellung. Er hat, wie er mitteilt, bereits im November 1926 seinen Entschluß, nicht wieder zu kandidieren, der maßgebenden Stelle in der Zentrumspartei mitgeteilt. Damals stand aber die Schulfrage noch nicht zur Debatte.

Roeder hat nur dem letzten Reichstag angehört, ist dort aber nie hervorgetreten.

Das Problem Wilna.

Die polnisch-litauische Konferenz in Königsberg, die vom Völkerbundsrat bestellt war, ist zwar nicht aufgeflogen, aber die Ergebnisse sind auch politisch wertlos. Man hat drei Kommissionen eingesetzt, die sich mit den zwischen Litauen und Polen schwebenden Wirtschafts- und Verkehrsfragen befassen sollen. Jedoch zeigen die Königsberger Vorverhandlungen bereits deutlich an, daß auch die Arbeit dieser Kommissionen von der ungelösten Wilnafrage belastet bleiben wird. Man hat den Eindruck, daß in Königsberg die Besprechungen nur deshalb nicht ergebnislos abgebrochen worden sind, weil keine der Parteien in den Ruf kommen wollte, die Schwierigkeiten vermehrt zu haben.

Der litauische Diktator Woldemaras kann unmöglich die Annexion des Wilnagebietes durch Polen anerkennen, wenn er nicht Gefahr laufen will, seine litauischen Untertanen gegen sich aufzubringen. Die Nationalisten haben ihm zur Herrschaft verholfen. Er kann keine Konzessionen machen, die die nationale Idee verraten würden. Er weiß auch, daß jedes Entgegenkommen gegenüber Polen, das in irgend einer Form dem hinsichtlich Wilnas bestehenden Zustand Rechnung tragen würde, die Polonisierung Litauens bedeuten müßte. So bleibt ihm nichts anderes übrig, als gute Miene zu den Forderungen des Völkerbundsrates zu machen, wobei er weiß, daß das litauisch-polnische Problem für ihn in seiner Stellung als Diktator unlösbar bleibt Es kommt ihm zustatten, daß sowohl Rußland wie Deutschland an der Aufrechterhaltung der litauischen Selbständigkeit ein unmittelbares Interesse haben. Polen seinerseits hat es natürlich leicht, infolge seiner politischen und wirtschaftlichen Ueberlegenheit in jeder nur möglichen Form entgegenkommende Großmut zu zeigen. Sie wird aber da aufhören, wo die Wilnafrage selbst berührt wird. Sie wird da aufhören, wo Woldemaras erst anfangen könnte. Das Gefühl der politischen und wirtschaftlichen Unterlegenheit ist natürlich schuld, daß Woldemaras sich bei allen Verhandlungen mit Polen immer sehr nervös zeigt. Man könnte vielleicht sagen, daß er politisch weiter käme und sich in seiner großen Verantwortlichkeit entlasten würde, wenn er sich wieder bereit fände, eine Volksvertretung ins Leben zu rufen. Aber er muß annehmen, daß für jede Art von Volksvertretung der Verzicht auf Wilna ebenfalls unmöglich wäre, er muß außerdem annehmen, daß ihn diese Volksvertretung sehr schnell beseitigen würde. Denn seine Gruppe war im alten litauischen Parlament der Zahl nach höchst geringfügig.

Die Spannungen zwischen Polen und Litauen müssen also höchstwahrscheinlich noch lange bestehen und werden natürlich auch eine fortwährende Bedrohung des europäischen Friedens sein. Daß der Völkerbundsrat das Problem lösen könnte, ist nicht anzunehmen, es würde ihm zum mindesten außerordentlich schwer fallen, eine etwa gefundene Lösungsformel auch praktisch durchzuführen.

Die nationale Armee im national gemischten Staate.

Von unserem Prager Berichterstatter.

)(**Prag, Anfang April.**

Die Schöpfer der neuen tschechoslowakischen Armee glaubten aus den Erfahrungen des Weltkrieges und insbesondere aus der Tatsache, daß der Zusammenbruch Oesterreich-Ungarns nicht in letzter Linie auf die subversive Tätigkeit der tschechisch-nationalen Propaganda im Heere zurückzuführen war, die Lehre ziehen zu müssen, daß nur eine rein slawisch-nationale Armee die Sicherheit des „slawischen Nationalstaates", als der ihnen die Tschechoslowakei gilt, gewährleisten könne. Dieser Gedankengang war es wohl auch, der den in der Pariser Unabhängigkeitserklärung vom 18. Oktober 1918 enthaltenen Grundsatz der Ersetzung des stehenden Heeres durch eine Miliz nicht zur Duchführung kommen ließ, denn es war den Schöpfern der neuen Armee trotz der Fiktion vom Nationalstaat klar, daß eine Miliz in der Tschechoslowakei, wo die nicht slawischen Minoritäten fast ein Drittel der Bevölkerung ausmachen, kein rein slawisches Gepräge haben könnte.

Den Grundstock der tschechoslowakischen nationalen Armee bilden die Legionen, d. s. die aus den Ueberläufern der ehemaligen österreichisch-ungarischen Armee und aus den aus dem Auslande, besonders aus Amerika sich meldenden tschechischen und slowakischen Elementen während des Weltkrieges organisierten Kampfeinheiten. Dieser Grundstock wurde ergänzt durch die aus der früheren Armee übernommenen „national verläßlichen" Offiziere und Unteroffiziere. Obwohl man bei der Auswahl dieser Berufssoldaten äußerst rigoros vorging und Deutsche unter ihnen nur selten vorkommen, sieht man diese „Rakusaci" (Oesterreicher) nicht gern und trachtet, sie nach und nach durch den Nachwuchs aus den eigenen Offiziersschulen zu ersetzen. Die leitenden Stellen im Generalstab und die Kommandostellen in der Armee sind fast durchweg durch Legionärsoffiziere besetzt. Manche von diesen Legionärsoffizieren entbehren einer höheren Vorbildung und waren im österreichischen Heere oft nur Unteroffiziere, wie dies z. B. bei dem nun degradierten ehemaligen Stellvertreter des tschechischen Generalstabes, General Gajda, der Fall war.

Auch bei dem Nachwuchs an Offizieren und Unteroffizieren war man, wenigstens bis in die letzte Zeit, eifrigst darauf bedacht, den slawischen Charakter der Armee zu wahren. So erging vor zwei Jahren seitens der Leitung des Militärflugwesens ein Aufruf zur freiwilligen Meldung zu dieser Truppe, in dem ausdrücklich der Nachweis der tschechischen oder slowakischen Volkszugehörigkeit gefordert wurde.

Heute sind im aktiven tschechoslowakischen Heere die beiden „Staatsvölker", wie sie sich zu nennen belieben, die Tschechen und Slowaken mit ca. 96 Prozent, die übrigen, nahezu ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachenden Nationalitäten nur zu 4 Prozent vertreten.

Um den unerwünschten Zuwachs an deutscher Intelligenz zu hemmen, wurden seinerzeit diesbezügliche vertrauliche Weisungen an die Assentkommissionen hinausgegeben, vielen Reserveoffizieren hat man einfach die Charge aberkannt oder ihre Beibehaltung an die Ablegung möglichst schwerer Prüfungen aus der Staatssprache gebunden. Trotzdem ist der Prozentsatz an deutschen Offizieren und Unteroffizieren in der Reserve der Armee noch immer verhältnismäßig hoch und damit ist auch die Achillesferse der ganzen Nationalisierungsaktion im stehenden tschechoslowakischen Heere enthüllt.

Das österreichisch-ungarische Heer war in nationaler Hinsicht ein Konglomerat, trotzdem gab es in ihm keine Nationalitätenfrage. Infolge des Territorialsystems wurden deutsche, tschechische, polnische, ungarische, kroatische, ruthenische, slowakische und sogar italienische Regimenter geschaffen, in denen außer der Dienstsprache auch die Regimentssprache ein wichtiges Geltungsgebiet hatte. Jeder Offizier, der nicht der Nationalität der Mannschaft angehörte, mußte binnen einer bestimmten Frist den Nachweis der Kenntnis der Regimentssprache erbringen, da er sonst im Avancement übergangen wurde. Wenn man sich jetzt in tschechischen Kreisen über die mangelhaften Kenntnisse mancher seinerzeitiger deutscher Offiziere in der tschechischen Regierungssprache lustig macht, so kann dem entgegengesetzt werden, daß diese Kenntnisse noch immer viel besser waren als jene, die die tschechischen Offiziere heute in der deutschen oder gar ungarischen Sprache entwickeln. Eine nationale Zurücksetzung gab es in der ehemaligen österreichischen Armee nicht, das beweisen die vielen tschechischen, kroatischen und anderen Nationalitäten angehörigen Heerführer und höheren Kommandanten, die sie im Weltkriege nachgewiesenermaßen gehabt hat. Die „Friedensarmee" war daher in Oesterreich national intakt, was ausdrücklich festgestellt werden muß.

Der Keim des nationalen Haders und der nationalen Zersetzung wurde erst nach Ausbruch des Krieges von außen in diese Armee hineingetragen, teils durch die Propaganda der Ententemächte, teils durch die von der

revolutionären Inlandspropaganda erfaßten Reservisten schechischer Nationalität. Ein Beweis hierfür ist, daß z. B. die kroatischen Regimenter bis zum letzten Schuß Oesterreich treu geblieben waren und auch in den polnischen Regimentern keine Meutereien oder Massendesertionen vorgekommen sind.

So wenig sich nun die in nationaler Beziehung äußerst tolerante österreichische Armee gegen die von außen kommende Infektion schützen konnte, so wenig, oder vielleicht noch weniger, wird dies einer Armee gelingen, die sich im Frieden als „nationale" Armee organisiert und die übrigen Nationalitäten des Staates abstößt, in Kriegszeiten aber doch zu dem alle Völker des Staates umfassenden Volksheer übergehen muß. Im Kriegsfalle handelt es sich nicht um das stehende Heer, auch nicht um die Reserven allein sondern um das Massenaufgebot aller wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und moralischen Kräfte des Staates Da versagen alle Nationalisierungskunststückchen. Ist der Staat von nationaler Unzufriedenheit infiziert, so ist ihm im Kriege von vornherein das Urteil gesprochen und auch die nationale Friedensarmee kann den Untergang nicht abwenden

Es gibt nur ein Mittel dagegen, das ist die volle Gleichberechtigung aller Völker des Staates schon im Frieden, damit sich alle als seine Söhne fühlen und an seiner Verteidigung und Aufrechterhaltung ein Interesse haben.

Die Untersuchung des Waffenschmuggels bei Szent Gotthard.

:: **Paris**, 5. April. „Petit Parisien" bezeichnet die kürzlich von einem Mittagsblatt verbreitete Nachricht, daß die Sachverständigen zur Prüfung der „Szent Gotthard-Affäre bereits ernannt seien und sich an Ort und Stelle begeben würden, als verfrüht. Der Vorsitzende des Dreierausschusses, der holländische Außenminister Van Blookland, habe lediglich Sir Eric Drummond davon benachrichtigt, daß nach seiner Ansicht eine Enquete notwendig wäre und infolgedessen zwei Sachverständige für Waffenwesen und zwei Sachverständige für Transitfragen von den zuständigen Kommissionen des Völkerbundes gewählt werden müßten. Daraufhin sei die ständige militärische Kommission des Völkerbundes mit der Angelegenheit beauftragt worden. Sie prüfe gegenwärtig, wen sie bestimmen soll. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde ihre Wahl auf einen englischen und einen schwedischen Sachverständigen fallen. Die Kommission für Transitfragen, die sich ebenfalls mit der Angelegenheit beschäftigt, werde sich wahrscheinlich für einen Holländer und einen Schweizer entscheiden. Die nächste Sitzung des Dreierausschusses selbst werde jedoch kaum vor dem 15. April in Genf stattfinden. Erst müßten die Sachverständigen endgültig ernannt und ihnen eine genau bestimmte Aufgabe gestellt werden.

Parker Gilbert auf Reisen.

◇ **Paris**, 5. April. Wie „Matin" berichtet, hat der Generalagent für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, die letzten vier Tage in Paris geweilt und ist, nachdem er vorher London einen Besuch abgestattet hatte, gestern abend nach Rom weitergereist. In London habe er mit Vertretern der Bank von England und den hohen Beamten des Schatzamtes verhandelt, in Paris mit dem Leiter der Bank von Frankreich und jetzt werde er das Reparations- und Kriegsschuldenproblem mit dem italienischen Finanzminister erörtern Parker Gilbert kenne die politische und finanzielle Lage Deutschlands und wisse, daß Deutschland die erste Gelegenheit ergreifen werde, die Revision des Dawesplanes zu fordern, wenn die Zahl der Dawesannuitäten nicht begrenzt würde. Parker Gilbert habe andererseits in Paris die Ueberzeugung gewonnen. daß die französische Regierung sich dieser Begrenzung nicht widersetzen werde, unter der Bedingung, daß gleichzeitig eine Regelung der Kriegsschulden erfolge

Da vor den amerikanischen Wahlen kaum eine endgültige Regelung möglich sei, sei es viel zu früh, sich auf eine Polemik über die Modalitäten dieser Regelung einzulassen, aber nicht zu früh sei es vom technischen Standpunkt, die Ansichten der interessierten Regierungen kennen zu lernen. Parker Gilbert beschäftigt sich damit, dieses Problem zu studieren, mit einer Methode von Ausdauer, die anerkannt werden müsse.

Die Erörterung der Reparationsfrage und der interalliierten Schulden.

× **London**, 5. April. Der Pariser Berichterstatter der „Times" schreibt: „Ich erfahre, daß keine offiziellen Mitteilungen zwischen der Reparationskommission und den alliierten Regierungen über die Frage einer vorgeschlagenen Herabsetzung der deutschen Reparationsschuld oder der interalliierten Schulden ausgetauscht worden sind. In hiesigen amtlichen Kreisen äußert man sich sehr skeptisch zu der Frage einer erneuten Behandlung dieser zusammenhängenden Probleme.

Kleine Auslandsnachrichten.

Keine Verlobung des italienischen Kronprinzen mit einer belgischen Prinzessin.

× **Paris**. 4. April. Wie die Brüsseler „Dernière Heure" berichtet, wird in offiziellen belgischen Kreisen die Nachricht von einer bevorstehenden Verlobung der Prinzessin Marie José mit dem italienischen Kronprinzen als Phantasie bezeichnet.

Fortschreitende Entspannung zwischen Sejm und Regierung.

Warschau, 5. April. Marschall Pilsudski hat gestern einen Besuch des neugewählten Sejmmarschalls Daczynski erwidert und blieb 1½ Stunden bei ihm. Dieser Besuch wird in parlamentarischen Kreisen als Zeichen der zwischen Regierung und Sejm eingetretenen Entspannung ausgelegt. Marschall Pilsudski kündigte Daczynsky an, daß er an den Beratungen des Haushaltsausschusses über das Militärbudget teilnehmen werde.

Der griechische Außenminister bei Mussolini.

)(**Mailand**, 4 April Der griechische Minister des Aeußeren. Michalakopulus, der sich auf der Rückreise nach Athen befindet, stattete dem Ministerpräsidenten Mussolini einen Besuch ab. Er hatte eine lange herzliche Unterredung mit ihm, die, wie die Agenzia Stephani meldet, die Freundschaft der beiden Länder aufrechterhalten soll. Mussolini gab danach zu Ehren seines Gastes ein kleines Essen.

Politisches Attentat in Jugoslawien.

× **Belgrad**, 4. April. Nach Meldungen aus Bitolia wurde in Kitschewo gegen den dortigen Vorstand der demokratischen Organisation Nikolic ein Revolverattentat verübt. Nikolic wurde schwer verwundet. Der Täter entkam. Der Umstand, daß vor einigen Tagen ein ähnliches Attentat gegen den Demokraten Iwan Bojadschijeff in Prilep verübt worden, wobei Bojadschijeff getötet wurde, hat in demokratischen Kreisen zu der Vermutung Anlaß gegeben, daß es sich in beiden Fällen um politische Racheakte handelt. Die Nachricht über das politische Attentat hat unter den Demokraten große Erregung hervorgerufen.

Griechisch-türkische Besprechungen in Genf.

÷ **Angora**, 5 April. Der türkische Minister des Aeußeren, Tewfik Ruschdy Bey, hatte während seines Aufenthaltes in Genf eine Unterredung mit dem griechischen Minister des Aeußern, Michalakopulus, über die die beiden Länder interessierenden Fragen. Die beiden Minister faßten in freundschaftlicher Weise die Fortsetzung der Verhandlungen in Angora zwischen den Diplomaten beider Länder zwecks Regelung dieser Frage ins Auge.

Der Braten des armen Mannes.

Durch die sozialdemokratische Presse geht ein Artikel mit der Ueberschrift „Der Braten des armen Mannes".

In diesem Artikel wird behauptet, daß die Zentrumspartei dem armen Mann den Braten wegnehmen wolle, weil durch sie die Herabsetzung des Gefrierfleisch-Kontingents von 120 000 auf 50 000 Tonnen jährlich erfolgt sei. — Wie ist aber der richtige Tatbestand?

Bei Schaffung des Zollgesetzes im Jahre 1925 ist beschlossen worden, daß jährlich 120 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei eingeführt werden. Dabei ist ausdrücklich betont worden, daß die Landesregierungen durch ihre Verwaltungsbehörden dafür zu sorgen haben, daß dieses Gefrierfleisch ausschließlich den ärmeren Volksschichten zukommt.

Leider ist dies nicht geschehen. Insbesondere in Preußen nicht, wo schon seit Jahren ein sozialdemokratischer Innenminister in der Regierung sitzt. Und so ist das eingetreten, was schon damals befürchtet wurde, daß das Gefrierfleisch nicht den ärmeren Volksschichten zugute kam, sondern großenteils in die großen Hotel- und Speise-Restaurants wanderte. Vor einiger Zeit hat in München ein größeres Restaurant bankrott gemacht. Bei Aufstellung der Konkursmasse hat sich herausgestellt, daß noch unbezahlte Rechnungen über Gefrierfleisch im Betrage von 30 000 Mark vorliegen.

Weiter ist festgestellt worden, daß die Gesellschaft, die die Einfuhr des Gefrierfleisches übernommen hat, im Vorjahre rund vierzehn Millionen Mark verdiente. Da die Lage der deutschen Klein- und Mittelbauern zurzeit äußerst schlecht ist und viele Bauern nicht in der Lage sind, Schlachtvieh oder Schlachtschweine zu verkaufen, so hat die Reichsregierung — auch mit der Zustimmung der preußischen Staatsregierung, in der die Sozialdemokraten die Führung haben — beantragt, den Gefrierfleisch-Kontingent auf 50 000 Tonnen herabzusetzen. Nur dadurch, daß der Reichsrat diesem Antrag zustimmte — die Zustimmung der preußischen Staatsregierung ist damit inbegriffen —, war es möglich, eine solche Vorlage an den Reichstag gelangen zu lassen.

Ehe also die Sozialdemokraten dem Zentrum einen Vorwurf machen, müßten sie sich also erst einmal an die preußische Staatsregierung wenden. Das tun sie aber nicht, weil an deren Spitze der sozialistische Parteiführer Braun steht.

Die Einrichtung von Sammelschulen und die Reichsverfassung.

× **Berlin**, 4. April. Auf die Schreiben des Reichsverbandes Evangelischer Eltern- und Volksbünde und des Evangelischen Gesamtelternbundes Groß-Berlin hat, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, das Kultusministerium im Anschluß an die mündlichen Verhandlungen dem Reichsverband Evangelischer Eltern- und Volksbünde ein Schreiben zugehen lassen, in dem bestätigt wird, daß ein Antragsverfahren auf Einrichtung weltlicher Schulen ausgeschlossen ist, solange das zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung vorgesehene Reichsgesetz nicht erlassen ist. Die Regelung eines Antragsverfahrens auf Einrichtung solcher Schulen müßte im einzelnen der beim Reichsvolksschulgesetz ausführenden Landesgesetzgebung vorbehalten bleiben. Die als vorläufige Notlösung gutgeheißene Zusammenfassung der am Religionsunterricht nicht teilnehmenden Kinder in Sammelschulen, sei eine Verwaltungsmaßnahme, um schultechnischen Schwierigkeiten abzuhelfen. Die vom Provinzialschulkollegium getroffene Entscheidung könne nicht beanstandet werden. In dem Schreiben heißt es zum Schluß: „So selbstverständlich ich erwarte, daß eine Wiederholung von sogenannten „Schulstreiks" unterbleibt, ebenso selbstverständlich werde ich bemüht sein, nach Erfahrungen der beiden letzten Jahre durch entsprechende Anordnungen dafür zu sorgen, daß etwaige weitere zukünftige Umschulanträge aus gleichem Anlaß in Berlin wie anderswärts nur dann Berücksichtigung erwarten können, wenn die Anträge auf Zusammenfassung der vom Religionsunterricht abgemeldeten Kinder bis zu einem bestimmten, vom Ostertermin ausreichend entfernten Zeitpunkt ordnungsmäßig und in einer jeden begründeten Einwand ausschließenden Form gestellt sind.

Der Luther-Film.

Eine vernichtende Kritik.

Ueber den von der Film-Oberprüfungsstelle mit ein paar Streichungen genehmigten Luther-Film veröffentlicht die demokratisch-liberale „Frankfurter Zeitung" folgende kritischen Bemerkungen:

„Er zeigt zwar ein paar Meter lang den Ablaßhandel und stellt ein Rom ins Atelier, das etwa dem Venusberg im Tannhäuser entspricht, mit sündigen Kurtisanen und religiösen Prunkaufzügen, die das fromme Volk beiseite drängen, aber die Art, in der die Unsitten geboten werden entspricht nur dem Verfahren im ganzen. Es ist dumm, ahnungslos und monströs und sollte die allgemeine Entrüstung erwecken.

Was haben die Veranstalter dieses Films getan? Sie haben eines der schwierigsten Kapitel der deutschen Geschichte aufgegriffen und es nach den Methoden der üblichen Geschichtsklitterung traktiert. Die Reformation auf der Leinwand fürs Volk. Ohne Geist und Verstand sind Szenen aneinandergereiht worden, die den Anekdotensammlungen und Schullesebüchern entnommen zu sein scheinen. Für den Wert der Informationen spricht unter anderem die Behandlung der Bauernkriege. „Der Bauernkrieg bricht los. Fanatiker wollen das Werk der Reformation mit Feuer und Schwert vollenden" — so steht es im offiziellen Programmheft des „Film-Kurier" geschrieben, dessen Text dem Film longemal ist. Die Reformation? Ein Geschäft.

Vielleicht ist es gar keines. Denn dieser Reformationsfilm ist von allen Reformversuchen auf dem Gebiet des Films unberührt geblieben. Er stellt lebende Bilder, die längst verschollenen historischen Gemäldeschinken eines Piloty werden in ihm von neuem zur schrecklicheren Wirklichkeit. Man hat, der Kulturgeschichte zuliebe, die Theaterrequisitenräume und die Rüstungskammern ausgeplündert, man hat die Schauspieler in Kostümpuppen verwandelt, deren einige frei nach Lukas Cranach sind. Nach der Vorschrift des albernen Manuskriptes wird das ganze Personal, dessen Verkleidung jeder Untertertianer durchschaut, im vermeintlichen Zeitstil bewegt. Da öffnet Hans Sachs ein Butzenscheibenfenster und schreibt mit einem strahlendem Lächeln und echtem Gänsekiel sein Gedicht auf die wittenbergische Nachtigall; da sitzt Kaiser Karl in Dürermanier auf dem Thron und blinkt Hutten unzweideutig gepanzert die Treppe hinan; da erlebt der junge Luther buchstäblich eine Vision. Sie ist von Entsetzlichkeit ohnegleichen. Inmitten des auf der Leinwand spürbaren Geländes der Filmgesellschaft ist eine altdeutsche Landschaft errichtet, die Jupiterlampen blitzen, Wassernebel werden zerstäubt und durch den Naturaufruhr taumelt der Reformator auf ein Kruzifix zu, das vom Kunstgewitter zertrümmert wird, fällt selbst nieder, betet den Bildtiteln zufolge — die Vision einer verderbten Phantasie und eines ununterrichteten Regisseurs. Wo hat man dergleichen schon gesehen? Auf Schmieren. Auch Eugen Klöpfer, der übrigens eine ganz gute Luthermaske hat, wird notgedrungen zum Dorfkomödianten. Je technisch geschickter einzelne Szenen aufgebracht sind, desto beklemmender wirkt die Wandertruppenmache."

Eine vernichtendere Kritik an einem Werk, das Kunst sein soll, kann wohl kaum geübt werden.

Von Nah und Fern.

Rettung aus Seenot durch deutsche Torpedoboote.

× **Berlin**, 5. April. Die in Swinemünde stationierte Torpedobootflottille wurde während der letzten Uebungsfahrt, von der sie heute zurückkehrte, zwei Mal von deutschen Fischkuttern, die sich in schwerer Seenot befanden, um Hilfe angegangen. Beide Fahrzeuge waren im Nebel, westlich Groß-Horst gestrandet und unfähig, aus eigener Kraft freizukommen. Der Flottillenchef entsandte den Flottillentender „M 133" und das Torpedoboot „G 10" zur Hilfeleistung. Es gelang, beide Fischkutter rechtzeitig abzuschleppen. Der preußische Oberfischmeister richtete ein Dankschreiben an das Flottillenkommando.

Geständnis des ostpreußischen Kindermörders.

◇ **Braunsberg**, 5 April. Der Kellner Braun, der im Verdacht stand, das achtjährige Mädchen und den zehnjährigen Knaben des Bahnarbeiters Heidek aus Pörschken, Kreis Heiligenbeil, ermordet zu haben, hat die Ermordung der beiden Kinder eingestanden.

Schwere Folgen jugendlichen Uebermutes.

)(**Friedland** (Mecklenburg), 5. April. Als der Maurer Dornbach von hier aus einer Kammer Baugeräte holen wollte, brach er beim Anfassen des Türdrückers plötzlich tot zusammen. Der Stellmacher Zimmermann und der Stadthalter Johanns, die dem Verunglückten zu Hilfe eilen wollten, wurden beim Berühren des Drückers von einem elektrischen Schlag getroffen und trugen Verbrennungen an den Händen davon. Die an der Unfallstelle erschienene Gerichtskommission stellte fest, daß von einigen Knaben im Alter von 10 bis 14 Jahren die Lichtleitung mit dem Türdrücker verbunden worden war, um den Maurer zu erschrecken. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und drei Kinder

Die Verhandlung gegen Hein.

◆ **Koburg**, 5. April. Die Verhandlung gegen den Posträuber Hein ist nunmehr auf den 24. und 25. Mai vor dem Schwurgericht Koburg anberaumt.

Todesurteil.

⊙ **Brüx**, 2. April. Das Brüxer Geschworenengericht verurteilte heute den 33 jährigen Arbeiter Rudolf Nitsch, der am 23. November v. Js. in der Nähe von Komotau seine noch nicht 15 jährige Geliebte durch einen Revolverschuß getötet hatte, wegen Mordes zum Tode durch den Strang

Milde Bestrafung eines Ueberfalles in Ost-Oberschlesien.

)(**Kattowitz**, 5. April. Die drei Aufständischen, die im September vor. Js. zusammen mit anderen unerkannt gebliebenen Polen den deutschen Sejmabgeordneten Kursdorf auf dem Heimwege von einer Versammlung überfallen und schwer mißhandelt hatten, sind von der Kattowitzer ersten Strafkammer zu je 3 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate beantragt und hervorgehoben, daß eine exemplarische Bestrafung infolge der Brutalität des Ueberfalles erfolgen müßte.

Furchtbares Familiendrama in Dänemark.

▲ **Kalundborg**, 5. April. Heute nacht ereignete sich in Bjergsted bei Jyderup ein furchtbares Familiendrama. Gegen Morgen beobachteten Nachbarn, daß in dem Hause des russischen Ingenieurs Botkevitsch Feuer ausgebrochen war. Beim Eindringen in das Haus entdeckte man, daß Stroh in die Zimmer geschleppt, mit Petroleum begossen und angezündet worden war. Der Brand wurde gelöscht. Man fand die Frau des Ingenieurs, seinen 19jährigen Sohn, seine 16jährige Tochter und seine Schwiegermutter tot in ihren Betten. Sie waren durch Beilhiebe getötet worden. Auf dem Boden fand man die Leiche des Ingenieurs, der sich erhängt hatte. Botkevitsch war vor acht Jahren aus Rußland vertrieben worden. Der Grund zur Tat dürfte in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen sein.

Ozeanpaddler Romer notgelandet.

◡ **London**, 4 April. Der deutsche Kapitän Romer, der kürzlich in einem sechs Meter langen Paddelboot Lissabon verließ, um den Ozean zu überqueren, ist wegen des schlechten Wetters in Cap Sagras, dem südwestlichsten Punkt Europas, notgelandet

Attentat auf einen schwedischen Marineoffizier.

Malmö, 5. April. In Karlskrona, der Hauptstation der schwedischen Kriegsflotte, wurde in der Nacht zum Donnerstag ein Bombenattentat gegen die Wohnung des Fregattenkapitäns G. Wachtmeister verübt. Die Bombe wurde gegen ein Fenster geworfen, an dem der Fregattenkapitän an seinem Arbeitstisch saß, traf aber nicht das Fenster, sondern fiel auf ein Verandadach, wo sie explodierte. Gegen 30 Fensterscheiben wurden zertrümmert. Menschen kamen nicht zu schaden. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Handel und Industrie.

Harpener Bergbau A.-G.

+ **Dortmund**, 5. April.

Die heutige Generalversammlung regelte die Regularien. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde anstelle des verstorbenen Mitgliedes Geheimrats Mujer, Generaldirektor Dr. Vögler. Bei der Vorlage des Geschäftsberichtes führte der Vorsitzende des Aufsichtsrats Dr. Silverberg, zu der Pressetritik über den Abschluß der Gesellschaft aus, daß die Bilanz das Ergebnis des Jahres 1927 genau wiedergebe. Eine Stärkung der inneren Reserven konnte neben den Abschreibungen und Rückstellungen nicht bewirkt werden. Auch irgendwelche Geldreserven sind nicht geschaffen oder verstärkt, noch sind Neubauten im Betrieb verbucht worden Von einer Selbstfinanzierung könne keine Rede sein, im Gegenteil seien die Abschreibungen und die Ueberweisungen für das Konto für Bergschäden unzulänglich. Die Rückstellung für Bergschäden sei niedriger als die tatsächlichen Aufwendungen im Berichtsjahr Die Abschreibungen sind der Höhe nach unzulänglich Die Behauptung, daß Harpen in zwei Jahren ein Viertel des Aktienkapitals abgeschrieben habe, sei unrichtig. Liquide Fonds, in denen Abschreibungen der Reserven angelegt wären, sind in der Montanindustrie kaum noch vorhanden. Hätte man den richtigen Grundsatz der Erneuerung anstelle der Abschreibungen Rechnung zu tragen versucht, so hätten die Abschreibungen bei Harpen eine Erhöhung um 50 Prozent erfahren müssen. Wenn man bedenkt, daß 80 Prozent der Förderung jetzt maschinell gewonnen wird, so geht daraus hervor, wie empfindlich die Selbstkosten sind, wenn diese Einrichtungen nicht dauernd auf der Höhe der Technik gehalten werden.

Alte Reserven, die zum Teil aus der Verwertung von Beständen von Kohlen und Koks aus der Zeit des englischen Bergarbeiterstreiks herrühren, haben wir zum Teil zu Abschreibungen von Anlagen verwendet, die aus dem Betriebe ausgeschieden sind. Dabei waren wir aber nicht imstande, die hohen Substanzverluste abzuschreiben, die zwangsweise durch die Förderung besserer Flöze ermittelt wurden. Diese Substanzverluste, die der gesamte Bergbau dauernd erleidet, sind größer als die Verluste, die durch Stillegung einer einzelnen Zeche entstehen, die nicht mehr absetzbare Kohle fördert. Nur dieser Raubbau in der Verbindung mit der Verwendung alter Reserven setzt uns in den Stand eine bescheidene Rente der knappen Abschreibungen herauszuwirtschaften. In der Generalversammlung des Vorjahres ist darauf hingewiesen worden, daß die Wiederaufnahme der Dividendenzahlung den Gewinnen zu danken sei, die durch den besonders hohen Absatz und die Verwertung alter Bestände während des englischen Bergarbeiterstreiks erzielt worden sind.

Im Berichtsjahre ist die Umlage des Syndikats von 0,55 auf 1,38 per t, im Durchschnitt um 0,80 Mark gestiegen Darin ist allein bei acht Millionen t Förderung ein Ausfall von 6 400 000 Mark entstanden. Ob und wann diese Umlage ermäßigt werden kann, ist nicht abzusehen. Der Kampf um die ausländischen Absatzmärkte und den Anteil anderen Versorgung, auf denen in erster Linie die hohe Syndikatsumlage zurückzuführen ist, geht zwischen England, Polen und Deutschland weiter. Wir dürfen nicht ins Auge fassen, aus den Märkten herauszugehen; eine empfindliche Einschränkung der Förderung oder eine noch empfindlichere Verringerung der Belegschaft wäre die Folge. In der Zwischenzeit muß der deutsche Steinkohlenbergbau dem Druck, der von allen Seiten auf ihn ausgeübt wird, standzuhalten versuchen. Für das laufende Jahr kann für die Gesellschaft ein besseres Erträgnis wie für 1927 nicht in Aussicht gestellt werden und nur der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, das gleiche Erträgnis aufrechtzuerhalten.

Im Anschluß an die Ausführungen Dr. Silverbergs gab Generaldirektor Fickler einen kurzen Ueberblick über die Neubauten und über die Rationalisierungsanlage bei der Gesellschaft.

Berliner Börse.

○ **Berlin**, 5. April. Trotz der bevorstehenden Unterbrechung durch die Feiertage war der offizielle Beginn der heutigen Börse wieder ziemlich lebhaft. Schon vormittags konnte man für einige Spezialitäten stärkeres Interesse bemerken und die für diese Werte genannten hohen Kurse blieben im allgemeinen auch behauptet. Nur Polyphon, die auf die guten Abschlußziffern im Freiverkehr bis 300 Prozent gestiegen waren, eröffneten mit 353 Prozent Wieder waren Kaufanträge des Auslandes eingetroffen. Nach Ansicht der Börse beginne die internationale Spekulation, die durch die starken Schwankungen an den Auslandsbörsen (besonders in Newyork) etwas unsicher geworden sei, sich wieder stärker für deutsche Aktien zu interessieren. Auch die Provinz war mit kleineren Orders am Markte, während sich die sogenannte Wechselstubenkundschaft immer noch passiv verhielt. Im allgemeinen 1 bis 2 Prozent höher konnten Spezialpapiere, wie A. E. f. Verkehr, deutsche Waffen, Berger, Holzmann, Wicking Zement, Hammersen, Nordd. Wolle, Waldhof, Spritwerke, Dessauer Gas, Deutsche Erdöl, Karstadt, Miag, Mansfelder, Maximilianshütte, Ges. f. el. Farben, Goldschmidt, Bergmann, Lahmeyer usw. bis 6 Prozent gewinnen. Chadeaktien eröffneten 8 Mk. höher, Akkumulatoren erschienen mit plus-plus-Zeichen und wurden zirka 8 Prozent höher taxiert. Im Verlaufe setzten Spezialpapiere ihre Steigerung fort, hinzu kamen u. a. Laura, Hamburger Elektro Deutsche Waffen, Svenska, Orenstein und Charlottenwasser, wobei das Geschäft ziemlich lebhaft blieb, während im allgemeinen seitens der Spekulation Realisationsneigung bestand, ohne daß diese in den Kursen stärker zum Ausdruck kam. Der erste Kurs für Akkumulatoren mußte reparatiert werden und stellte sich 8¼ Prozent höher. Bei den Aktien der Adca, Danatbank und Dresdener Bank sind die Dividendenabschläge zu berücksichtigen. Auffallend matt lagen im Verlaufe auch weiter die Aktien der Vereinigten Stahlwerke, die schon zu Beginn zirka ein Prozent verloren hatten. Anleihen nach freundlichem Beginn fester, Ausländer ruhig, Bosnische Eisenbahnen, Lissabonner Stadtanleihen höher. Auch Ungarn angeblich auf Frankfurter Käufe anziehend, Sofia Stadtanleihe gefragt. Kolonialwerte höher, Pfandbriefe behauptet, Hamburger Liquidationsanteile, plus 2¼ Mark, Farbenbonds zirka 146 Prozent. Geld und Devisenmarkt unverändert. Der heute von den Banken festgesetzte Satz für Reportgeld stellte sich unverändert auf 7¾ bis 8¼ Prozent.

Märkte.

Berliner Produktenbericht.

× **Berlin**, 5. April. Der Produktenmarkt verkehrte heute in ausgesprochener Vorfeiertagsstimmung. Auf allen Marktgebieten hielten sich die Umsätze in engsten Grenzen. Vom Auslande waren keine wesentlichen Anregungen geboten, die nordamerikanischen Weizenofferten lauteten etwas entgegenkommender, die südamerikanischen dagegen leicht befestigt. Roggen wurde gleichfalls von Nordamerika billiger, von Argentinien unverändert angeboten. Vom Inlande steht in beiden Brotgetreidearten weiter nur beschränktes Offertenmaterial zur Verfügung, das bei Weizen die Nachfrage aber noch übersteigt, für Roggen dagegen völlig unzureichend ist. Die polnische Nachfrage ist angesichts des knappen Angebotes nur schwer zu befriedigen. Am Lieferungsmarkte zeigte Weizen nur geringfügige Schwankungen, die Roggenpreise stellten sich dagegen etwas höher. Weizenmehl hat bei unveränderten Preisen kleines Geschäft; für Roggenmehl fordern die Abgeber höhere Preise, erhalten sie aber nur schwer bewilligt. Einige Nachfrage besteht für spätere Lieferung. Hafer liegt bei sehr kleinem Angebot weiter fest, Gerste ruhig

Hamburger Schlachtviehmarkt.

× **Hamburg**, 4. April. Auftrieb: Ochsen 51, Quienen 39, Bullen 45, Kühe 207, inl. Rinder 337. Es kosteten: Ochsen: a) 60—62, b) 51—58, c) 40—50, d) 30—38; Bullen: a) 52—55, b) 46—52, c) 40—46, d) 30—36; Kühe: a) 45—50, b) 38—45, c) 25—35, d) 15—24; voraussichtlicher Bahnversand 150. Handel gut. Stallmastschafe: Auftrieb 817. Es kosteten: a) 61—63, b) 52—58, c) 42 50, d) 25—35. Handel mittelmäßig, voraussichtlicher Versand 50.

Bremer Baumwolle.

× **Bremen**, 5. April. Jan. 2040 B, 2037 G, März 2041 B, 2037 G, Mai 2098 B, 2093 G, Juli 2101 B, 2097 G, Oktober 2052 B, 2049 G, Dezember 2042, 2038. — Tendenz: stetig.

Liverpooler Baumwollkurse.

◆ **Liverpool**, 4. April. Jan. 996, Febr. 995, März 995, April 1042, Mai 1038, Juni 1032, Juli 1027, August 1019, September 1012, Oktober 1004, Nov. 994, Dez. 998, April 994. Tendenz: Stetig.